

## **Dauerthema Inflation**

*Begriff, Messung, Folgen*

Karl-Heinz Dignas, Absolventen Zeitung, 6/ Oktober 1991, S.9-10

„Inflation“ ist ein Dauerthema der wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Diskussion. Auch heute wird warnend auf die zunehmende Inflationsrate und ihre Folgen hingewiesen. Fragen die Demoskopien die deutsche Bevölkerung nach dem, was sie am meisten fürchtet, dann erreicht die Inflation einen guten Platz ziemlich oben in der Skala. So ist es nicht verwunderlich, daß der Kampf gegen die Inflation neben solchen Zielen wie Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung einen hohen Stellenwert innehat.

In diesem Beitrag wird nun versucht, auf folgende Fragen eine Antwort zu finden:

- Was soll man zweckmäßigerweise unter dem Begriff „Inflation“ verstehen?
- Welche Methoden zur Feststellung der Inflation gibt es?
- Welche negativen Folgen hat die Inflation?

### **Prozeß ständiger Preisniveausteigerungen**

Würde man den Mann von der Straße fragen, was er unter „Inflation“ versteht, so würde als Antwort wahrscheinlich herauskommen, daß bei Inflation „die Preise steigen“. Doch bei näherem Hinsehen erscheint diese Definition nicht konkret genug. Steigen aus saisonalen und konjunkturellen Gründen oder wegen einer Steuererhöhung oder Mißernte bestimmte Preise, so wird man das kaum als Inflation bezeichnen können. Zweckmäßiger und präziser erscheint es, Inflation „als einen Prozeß ständiger Preisniveausteigerungen“ zu definieren.

Dabei weist das Wort „ständig“ darauf hin, daß es hier um einen längerfristigen Trend geht. Das Wort „Preisniveausteigerung“ macht auf einen Fehler aufmerksam, der immer wieder in der öffentlichen Diskussion auftaucht, nämlich die Vermengung der beiden Begriffe „Preisniveau“ und „Preisstruktur“. Stabilität des Preisniveaus und damit das Fehlen von Inflation und Deflation als ein Prozeß ständiger Preisniveausteigerungen bedeutet nicht Stabilität der Einzelpreise und der Preisstruktur als dem Verhältnis der Einzelpreise zueinander.

Einzelpreise können sich zum Beispiel aufgrund unterschiedlicher Produktivitätssteigerungen, unterschiedlicher Kostenentwicklung, unterschiedlicher Nachfrageentwicklung oder auch wegen unterschiedlicher Gewinnvorstellungen der Anbieter immer wieder ändern. Das hat so lange keinen Einfluß auf das Preisniveau als dem Durchschnitt aller Preise, wie sich Preiserhöhungen der einen Güter und Preissenkungen anderer Güter ausgleichen. Die Preiserhöhung eines Gutes oder einer Gütergruppe bedeutet somit nicht zwangsläufig eine Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus. Desweiteren hört man immer wieder, daß der Geldwert stabil gehalten werden müsse. Dieser Geldwert stellt die Kaufkraft der Geldeinheit dar, gemessen an einem Warenbündel. Mathematisch verhalten sich Preisniveau (P) und Geldwert (G) umgekehrt proportional zueinander:  $P = 1/G$  oder  $G = 1/P$ . Hieraus wird ersichtlich, daß bei einer Inflation der Geldwert fällt: Für eine Währungseinheit (z.B. eine D-Mark) erhält der Geldbesitzer immer weniger Güter, die Kaufkraft des Geldes nimmt ständig ab.

### **Preisindizes als Meßgrößen**

Wie kann man nun das Preisniveau und seine Änderung im Zeitablauf messen? Man muß ja schließlich feststellen können, ob und in welchem Ausmaß in einem Land Inflation herrscht. Diese Frage nach der Höhe des Preisniveaus und der Inflationsrate ist schwerer zu beantworten, als man allgemein annimmt. Denn die empirische Ermittlung des Preisniveaus als dem Durchschnitt aller Preise steht in einer entwickelten Volkswirtschaft mit Millionen von Einzelpreisen vor einer technisch unlösbaren Aufgabe und wäre im übrigen auch viel zu kostspielig. Deshalb werden als Indikatoren für die Erfas-

sung des alle Güter umfassenden Preisniveaus nur die Preise ganz bestimmter - repräsentativer - Güter bzw. Güterbündel ausgewählt. Dabei erweist es sich als zweckmäßig, je nach Zielsetzung unterschiedliche Güterbündel, „Warenkörbe“, zu verwenden, was allerdings zur Folge hat, daß es eine Vielzahl von statistischen „Preisindizes“, die das Preisniveau messen, gibt.

Von ihnen sind vor allem zu nennen:

- Der Preisindex des Bruttosozialprodukts
- Der Preisindex für den privaten Verbrauch -

Diese beiden Indizes werden aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt. In ihren Veränderungen kommen sowohl Preisänderungen als auch Änderungen der Verbrauchsstruktur (der verbrauchten Mengen bestimmter Güter) zum Ausdruck.

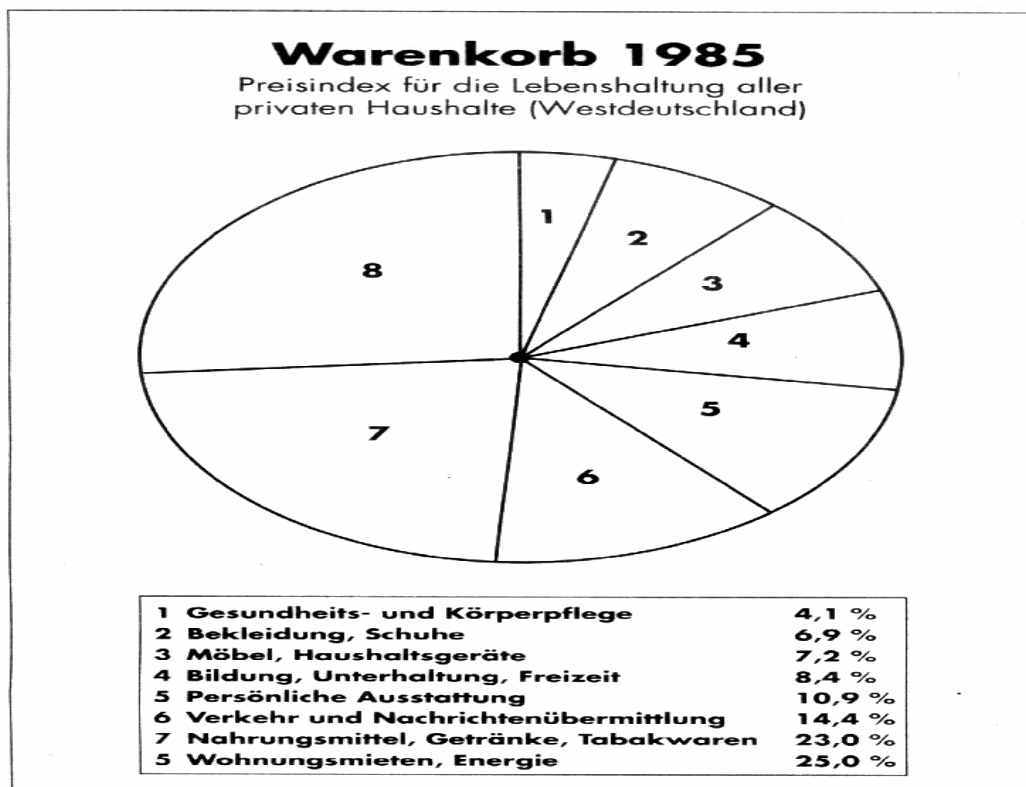
- Der Preisindex für die Lebenshaltung.

Dieser Index ist wohl in der Öffentlichkeit am meisten bekannt. Aber auch hier wird noch unterschieden in die Lebenshaltung für

- Alle privaten Haushalte
- 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittleren Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstands
- 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höheren Einkommen
- 2-Personen-Haushalte von Rentnern und Sozialhilfeempfängern
- Die einfache Lebensführung eines Kindes.

### Aussagekraft der Preisindizes

Die statistisch - methodischen Probleme der Aussagekraft der Preisindizes für die Lebenshaltung sollen hier nur kurz gestreift werden. Um zuerst einmal einem allgemein verbreiteten Mißverständnis entgegenzutreten: Die gewöhnlichen Preisindizes für die Lebenshaltung messen nicht die Entwicklung der Lebenshaltungskosten also nicht die Veränderungen in Art und Menge der verbrauchten Güter in Verbindung mit der Veränderung der Preise, sondern nur die Veränderung der Preise des jeweiligen Güterbündels.



Denn der sogenannte Warenkorb als Wägungsschema, das die Verbrauchsbedeutung der einzelnen Güter bei dem Indexhaushalt mißt, wird über eine Reihe von Jahren konstant gehalten. Je länger nun dieses Wägungsschema aufrechterhalten wird, desto größer sind die Diskrepanzen zwischen diesem Warenkorb als Ausdruck für die Verbrauchsstruktur. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß die Qualitäten der Güter sich im Zeitablauf ändern und daß ganz neue Güter auf den Markt kommen.

Darüber hinaus gibt der jeweilige Preisindex ja nur Auskunft über die durchschnittliche Preisentwicklung der Güter, die im Warenkorb der Indexfamilie im Basisjahr vorhanden waren. Der Warenkorb und damit die Verbrauchsstruktur der Familie Müller zum Beispiel kann selbstverständlich mehr oder weniger davon abweichen, so daß der statistisch gemessene Preisindex für diese Familie keinen oder nur einen geringen Aussagewert hat.

Die Bekämpfung der Inflation ist, wie oben schon gesagt, ein wichtiges Ziel der Wirtschaftspolitik, doch kaum ein Ziel an sich. Nur deswegen, weil man die Preiskurve schön horizontal verlaufen lassen will, lohnt es sich sicherlich nicht, Maßnahmen gegen die Inflation zu ergreifen, zumal diese Maßnahmen im Zweifel auch Opfer und Kosten mit sich bringen.

Wer also als Verfechter einer Stabilitätspolitik auftritt, muß gute Argumente dafür haben, Argumente, die nur in den als negativ bewerteten Folgen der Inflation liegen können. Nun ist hier nicht der Platz, alle die Thesen und Meinungen aufzuführen, die irgendwie und irgendwann im Zusammenhang mit der Inflation auftauchen. Vielmehr sollen nur einige Argumente dargestellt und analysiert werden, die die Folgen der Inflation für das Ziel der gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung aufzeigen, da diese im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion stehen.

Würde man beispielsweise eine Umfrage darüber machen, welches Ziel durch die Inflation am meisten gefährdet ist, so würde sicherlich das Ziel einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung die Mehrzahl der Stimmen auf sich vereinigen.

### **Auswirkungen auf die Einkommensverteilung**

Die möglichen Wirkungen der Inflation auf die Einkommen und ihre Verteilung lassen sich an den folgenden Gleichungen ablesen:

$$(1) \quad Y_n = Y_r \times P$$

$$(2a) \quad Y_r = Y_n / P$$

$$(2b) \quad \Delta Y_r = \Delta Y_n - \Delta P$$

Dabei bezeichnet  $Y_n$  das Nominaleinkommen,  $Y_r$  das Realeinkommen einer Person, eines Haushalts oder einer Gruppe von Wirtschaftssubjekten und  $P$  das allgemeine Preisniveau. Mit dem Symbol  $\Delta$  werden die Wachstumsraten der genannten Variablen bezeichnet.

Gleichung (2 b) läßt sich wie folgt interpretieren: Steigt das Preisniveau ständig an, dann sinkt die Kaufkraft desjenigen, dessen Nominaleinkommen konstant bleibt bzw. nicht so schnell wächst wie die Inflationsrate. Beträgt beispielsweise die jährliche Inflationsrate 4 Prozent, so muß das Nominaleinkommen auch um 4 Prozent steigen, damit der Einkommensbezieher seinen realen Lebensstandard halten kann.

Diese Ausführungen müssen noch insoweit modifiziert werden, als die Nominaleinkommen Bruttoeinkommen darstellen, so daß davon noch die Steuern und Sozialabgaben abzuziehen und mögliche Transferzahlungen des Staates (z. B. Renten oder Bafög) dazuzuzählen sind. Ergibt sich im Laufe einer inflationären Entwicklung eine Aufblähung der nominalen Bruttoeinkommen, geraten bei konstanten steuerlichen Progressionstarifen, die sich auf die nominalen Bruttoeinkommen als Bemessungsgrundlage beziehen, immer mehr Einkommensbezieher in die Progressionszone.

Werden zusätzlich noch Beitragssätze und Bemessungsgrenzen in der Sozialversicherung angehoben, so steigen die verfügbaren Nettoeinkommen der Einkommensbezieher nicht in gleichem Maße wie ihre nominalen Bruttoeinkommen.

Der logische Schluß daraus ist, daß diejenigen an der Inflation gewinnen (verlieren), bei denen die Wachstumsrate der verfügbaren Nominaleinkommen höher (niedriger) liegt als die Inflationsrate. Welcher Bevölkerungsteil, welche soziale Gruppe gehört nun zu den Inflationsgewinnern bzw. Inflationsverlierern? Glaubt man der öffentlichen Meinung, so stehen die Verlierer und Gewinner von vornherein fest: Arbeitnehmer und Rentner verlieren an der Inflation, Unternehmer und Selbständige gewinnen. Überprüft man diese Thesen an der Realität, so kann man sie in dieser Eindeutigkeit nicht bestätigen. Die daraus folgende ständige Steigerung der Gewinnquote im Inflationsprozeß ist empirisch nicht nachweisbar. Es gibt zwar im Konjunkturverlauf Phasen, in denen die Gewinne vor den Löhnen einen Vorsprung erzielen, langfristig läßt sich aber eine inflationsbedingte Umverteilung zulasten der Arbeitnehmer nicht feststellen.

Offensichtlich lernen Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften in einem inflationären Prozeß, die zukünftigen Inflationsraten in ihren Lohnforderungen vorweg-zunehmen, oder sie holen zu einem bestimmten Zeitpunkt in höheren Löhnen nach was die Arbeitgeber in höheren Preisen vorgezogen haben. Auch das Ergebnis beim Vergleich der Entwicklung der Einkommen der Erwerbstätigen auf der einen Seite und der nicht Erwerbstätigen (vor allem Rentner) auf der anderen Seite ist während einer Inflation nicht so eindeutig, wie man meinen könnte. Gerade in der Bundesrepublik hat die Dynamisierung der Renten eine Anpassung der Renten an die inflationär gestiegenen Lohneinkommen herbeigeführt. Jedoch kann bei einer Beschleunigung der Inflation durchaus eine Umverteilung zulasten der Bezieher von Festeinkommen wie zum Beispiel der Rentner oder auch der Sozialhilfeempfänger stattfinden, da die Festeinkommen aller Erfahrung nach erst mit einem gewissen Time lag angepaßt werden.

### **Folgen für die Vermögensverteilung**

Ebenso eindeutig ist die öffentliche Meinung darauf festgelegt, daß die Inflation starke negative Auswirkungen auf die Vermögensverteilung hat. Auch hier meint man die Gewinner klar ausmachen zu können: Die Besitzer großer Vermögen, während die kleinen Vermögensinhaber die Verlierer sind. Um diese Argumentation auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen, kann man auf folgende Gleichungen zurückgreifen:

$$(3) \quad W_n = W_r \times P$$

$$(4a) \quad W_r = W_n / P$$

$$(4b) \quad \Delta W_r = \Delta W_n - \Delta P$$

Dabei bezeichnen  $W_n$  den Nominalwert eines Vermögensgegenstands,  $W_r$  seinen Realwert und  $P$  das allgemeine Preisniveau und das Symbol  $\Delta$  die Zuwachsrate dieser Variablen. Gemäß (4b) sinkt bei ständigen Preiserhöhungen der Realwert eines Vermögens, wenn sein Nominalwert - nicht mindestens mit gleicher Rate steigt. Nach dieser Gleichung gilt analog auch, daß der Realwert von Schulden in einer Inflation ständig zurückgeht, wenn die Höhe der Nominalschuld unveränderlich festgelegt ist.

Diese Betrachtungen werden durch den Tatbestand ergänzt, daß die meisten Geldvermögensformen verzinst werden. Würde der Zinssatz immer die gleiche Höhe haben wie die Inflationsrate, so bliebe der Realwert des Geldvermögen mindestens konstant. Daraus lassen sich nun folgende allgemeine Schlußfolgerungen ziehen: Wer in einem inflationären Prozeß sein Vermögen in Formen hält, deren Verzinsung bzw. Wertsteigerung die Inflationsrate nicht ausgleichen kann, der gehört zu den Inflationsverlierern. Zu den Inflationsgewinnern zählt derjenige, der Formen der Vermögensbildung wählt, deren Verzinsung bzw. Wertsteigerung über der Inflationsrate liegt. Kann man vor diesem Hintergrund bestimmte Personen bzw. Personengruppen als Inflationsgewinner oder Inflationsverlierer festmachen? Ganz grob kann man entsprechend der vorliegenden empirischen Untersuchungen sagen: Da

die Arbeitnehmer als Gruppe Nettogläubiger und die Selbständigen Nettoschuldner sind, da die Arbeitnehmer anteilmäßig mehr geldnahe Forderungen besitzen als die Selbständigen, gewinnen die Selbständigen an der Inflation mehr als die Arbeitnehmer.

Innerhalb der beiden sozialen Gruppen kann man empirisch feststellen, daß der Anteil der geldnahen Forderungen mit niedriger Verzinsung um so größer ist, je weniger Vermögen vorhanden ist. Insofern verschiebt die Inflation ganz allgemein die Vermögenspositionen zulasten der ärmeren und zugunsten der wohlhabenderen Haushalte.

# Die Entwicklung des Preisniveaus

Gemessen anhand verschiedener Preisindizes - 1970 = 100

Jahr	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Lebenshaltung
1970	100	100	100
1971	108	106	105
1972	114	112	111
1973	121	119	119
1974	129	127	127
1975	137	135	135
1976	142	141	141
1977	148	146	146
1978	154	150	150
1979	160	155	156
1980	168	165	164
1981	175	174	175
1982	182	183	184
1983	188	189	190
1984	192	194	194
1985	195	198	198
1986	202	197	198
1987	206	198	199
1988	210	200	201
1989	215	207	207
1990	222	212	212

Quelle: Jahresgutachten 1990/91 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; eigene Berechnungen